

**Eine Stadt für alle – links. ökologisch. feministisch.
SPD/Kulturliste
Bündnis90/Die Grünen
JUPI-Fraktion
FL-Einzelstadtrat**

im Gemeinderat

Herrn
Oberbürgermeister Martin Horn

hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de

Freiburg, 10.10.2023

**Interfraktioneller Aufsetzungsantrag nach § 34 GemO –
hier: Entschließung des Freiburger Gemeinderats zum sog. „Radikalenerlasses“ bzw.
zu den „Berufsverboten“ in Baden-Württemberg**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Horn,

hiermit beantragen die unterzeichnenden Fraktionen und Gemeinderät:innen zur Gemeinderatssitzung am 24.10.2023 folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

„Entschließung des Freiburger Gemeinderats zum sogenannten ‚Radikalenerlasses‘ bzw. zu den ‚Berufsverboten‘ in Baden-Württemberg“

Den Beschlüssen der Gemeinderäte in Heidelberg vom 23.3.2023, Konstanz vom 18.7.2023 und Tübingen vom 24.7.2023 folgend, nehmen wir den 50. Jahrestag des sogenannten Schiess-Erlasses zum Anlass für nachfolgende Entschließung:

„Der Gemeinderat der Stadt Freiburg im Breisgau fordert den Oberbürgermeister auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Landesregierung Baden-Württembergs den Erlass des Innenministeriums über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst ("Schiess-Erlass") vom 2. Oktober 1973 ersatzlos und vollumfänglich aufhebt, alle Betroffenen rehabilitiert und entschädigt.“

Begründung:

Im vergangenen Jahr jährte sich zum 50. Mal der sogenannte „Radikalenerlass“. Er wurde 1972 von der Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Titel „Grundsätze zur Frage verfassungsfeindlicher Kräfte im Öffentlichen Dienst“ beschlossen. In der Folgezeit wurden etwa 11.000 Berufsverbots- und 2.200 Disziplinarverfahren eingeleitet und offiziell 1.256 Bewerberinnen und Bewerber nicht eingestellt sowie 265 Beamte entlassen.

In Baden-Württemberg wurde der Beschluss „mit besonderer Härte“ (Ministerpräsident Kretschmann), mittels des sogenannten „Schiess-Erlasses“ vom 2. Oktober 1973 praktiziert. Der nach dem damaligen Innenminister Karl Schiess benannte Erlass jährte sich dieser Tage zum 50. Mal.

Der sogenannte „Radikalenerlass“ hat der Demokratie und dem gesellschaftlichen Klima in der Bundesrepublik schweren Schaden zugefügt. Nicht wenige Menschen wurden in ihrer Existenz bedroht. Sehr viele ließen sich einschüchtern und scheuten ein demokratisches politisches Engagement. Viele der damals Betroffenen spüren die Auswirkungen der Berufsverbote durch Kürzungen bei ihren Ruhegehältern oder sogar Altersarmut bis heute. Einige der Freiburger Betroffenen haben über Jahrzehnte hinweg aktiv an der Gestaltung der kommunalen Demokratie mitgewirkt und zum Beispiel im Freiburger Gemeinderat, den Gewerkschaften oder Bürger:inneninitiativen mitgearbeitet.

Negative Auswirkungen sind auch bis heute in der Gesellschaft spürbar. Nicht wenige junge Menschen, die einen Beruf im öffentlichen Dienst anstreben, sind verunsichert, inwieweit sie sich politisch engagieren dürfen. Leider trifft dies nicht auf Anhänger:innen der rechtsradikalen Szene zu, die sich z.B. im Polizeidienst oder bei der Bundeswehr in den letzten Jahrzehnten bis in Führungspositionen durchaus breit machen konnten.

Eine offene, tolerante, demokratische Gesellschaft braucht den uneingeschränkten Erhalt der Grund- und Menschenrechte. Gerade in einer Zeit, in der ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft eine äußerst bedenkliche Nähe zu undemokratischen Bewegungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erkennen lässt, ist eine weltoffene, menschenrechtsbezogene Kultur der Vielfalt unverzichtbar.

Nach nunmehr 50 Jahren ist es an der Zeit, sich dem Unrecht auch in Baden-Württemberg vollumfänglich zu stellen, die Opfer zu rehabilitieren und zumindest finanziell zu entschädigen, um das Kapitel "Berufsverbote" endgültig abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Irene Vogel, Stellv. Fraktionsvorsitzende EINE STADT FÜR ALLE
Prof. Günter Rausch, Stadtrat EINE STADT FÜR ALLE

Julia Söhne, Fraktionsvorsitzende SPD/Kulturliste

Simon Sumbert, Co-Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen
Pia Federer, Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolf-Dieter Winkler, FL-Einzelstadtrat

Sophie Kessl, Stadträtin JUPI-Fraktion
Sergio Pax, Stadtrat JUPI-Fraktion